FDP Waldeck-Frankenberg

NEUE GESETZE REICHEN NICHT, UM GLEICHBERECHTIGUNG ZU SCHAFFEN

24.07.2023

- **Freie Demokraten fordern Chancengleichheit für Frauen**
- **Gleichberechtigung auch wirtschaftlich relevant**
- **Vorurteile durch gesellschaftliches Umdenken beseitigen**

Wiebke KNELL, Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag für Frauen und Gleichstellung, hat anlässlich der heutigen Plenardebatte die Überarbeitung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes grundsätzlich begrüßt: „Das Hessische Gleichberechtigungsgesetz war bei seiner Verabschiedung ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die Landesregierung hat jetzt jedoch erkannt, dass die Novellierung aus 2016 für eine Chancengleichheit von Frauen und Männern im Öffentlichen Dienst in Hessen noch nicht ausreicht.“ Auf der Überarbeitung des Gleichberechtigungsgesetzes könne sich aber nicht ausgeruht werden. Knell ergänzt: „Wir Freie Demokraten wollen, dass Frauen und Männern gleichermaßen eine freie Entfaltung in allen Lebensbereichen möglich ist und Chancengleichheit unabhängig des Geschlechts herrscht.“

Knell erklärt, dass weiterhin noch Handlungsbedarf bestehe, um Gleichberechtigung zu schaffen: „Beim Kampf um Gleichberechtigung geht es einerseits darum, Frauen die gleichen Chancen zu ermöglichen. Andererseits ist es in Zeiten des Fachkräftemangels auch wirtschaftlich wichtig, dass gut qualifizierte Frauen die Möglichkeit haben, zu arbeiten. Ein flächendeckender Ausbau von Kinderbetreuung würde Frauen massiv entlasten. Hier hinkt die Landesregierung aber vollkommen hinterher - derzeit fehlen 10.700 Erzieher und Erzieherinnen, nur um den Bedarf in Kitas zu decken. Ebenso braucht es mehr Möglichkeiten der Ganztagsbetreuung in Grundschulen, denn durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird die Gleichstellung von Frauen gefördert.“ Hessen habe in Bezug auf die Gleichberechtigung eher ein Umsetzungs- als

Abgerufen am 20.11.2026 unter https://fdp-wa-fkb.de/?p=6289

ein Regelungsproblem. „Gleichberechtigung muss umfassend gedacht werden - als politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Emanzipation von Frauen. Unbewusste Vorurteile verschwinden nicht einfach durch einen Gesetzesentwurf. Es braucht ein gesellschaftliches Umdenken, damit Gleichberechtigung nicht nur auf dem Papier, sondern auch in den Köpfen der Menschen stattfindet“, betont Knell.

Abgerufen am 20.11.2026 unter https://fdp-wa-fkb.de/?p=6289